



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Speyer

An
Bürger*innen der Stadt Speyer

Kreisverband Speyer

Geschäftsstelle
Armbruststraße 14
67346 Speyer
Tel.: 06232 6245872 (Anrufbeantworter)
info@gruene-speyer.de

Speyer, 14. Dezember 2023

Haushaltsrede 2023

Liebe Oberbürgermeisterin, lieber Stadtvorstand, liebe Kolleg*innen, liebe Bürgerinnen und Bürger,

wieder ein Jahr vorbei. Ein Jahr, in dem wir die Pandemie zwar hinter uns gelassen haben, aber nichtsdestotrotz nicht aus dem Krisenmodus herauszukommen scheinen, weil immer neue Herausforderungen dazu kommen. Krisenmodus ist 2023 übrigens das Wort des Jahres. Für mich ist dieser Krisenmodus geprägt durch kognitive Dissonanzen. Das heißt, wir denken, wollen und entscheiden das eine und machen – naja, entweder nichts oder etwas, das nicht zu unseren Entscheidungen passt.

Wir beschließen Klimaschutz, Klimanotstand, Klimaanpassung in großen Konzepten und Strategien und trauen uns in den vielen realen Entscheidungen, die Sie und wir hier treffen, doch nicht, diese Strategien mutig umzusetzen. Vieles muss sich ändern, das wissen wir, und doch wollen wir, dass alles so bleibt, wie es immer war.

Diese kognitiven Dissonanzen, also die vielen Widersprüche, auszuhalten ist anstrengend und führt zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung aber ebenso in der Politik.

Ich möchte drei Dissonanzen der Speyrer Politik in dieser Rede thematisieren: Wohnen, Verkehr und die Finanzen.

Wir haben 2017 und 2018 das **Wohnungsmarktkonzept** und das Bündnispapier bezahlbarer Wohnraum beschlossen. Darin steht, dass wir den Wohnungsneubau verstärken, ausreichend Wohnraum sichern, den Zugang der Bevölkerung zu bezahlbarem Wohnraum verbessern und vor allem gemeinschaftliche Wohnprojekte stärken wollen.

Doch was ist die Realität 5-6 Jahre später? Die Realität ist, dass eine sehr engagierte Baugemeinschaft bis heute keine Klarheit darüber hat, ob und wie sie eine Fläche entwickeln darf. Mittlerweile sind die Baupreise so angestiegen, dass solche gemeinwohlorientierten Bauprojekte auf die Unterstützung der Stadt angewiesen sind. Diese Unterstützung erfährt

diese Initiative seit Jahren nicht oder nur unzureichend. Man fragt sich, wieso, wo doch gerade solche zivilgesellschaftlichen Initiativen die Umsetzung unserer eigenen Konzepte befördern könnten.

Die Realität ist, dass es kaum mehr Mietwohnung unter 10 Euro den Quadratmeter gibt und wir hier in Speyer mittlerweile eher bei 12 oder 15 Euro Kaltmiete liegen. Das führt dazu, dass es kaum zugänglichen Wohnraum für normalverdienende Menschen mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 2000 Euro gibt, bei steigenden Nebenkosten und steigenden Lebensmittelpreisen.

Die Realität ist auch, dass wir im Rahmen unserer Klima-Strategie, die wir dieses Jahr verabschiedet haben, beschlossen haben ein Netto Null-Flächenwachstum zu verfolgen, weil wir durch weitere Versiegelung durch Neubauprojekte die Lebensqualität der hier lebenden Menschen gefährden. Eine weitere Versiegelung von grünen Flächen, wie sie in St. Otto oder in der Waldstraße gerade vorgenommen wird, bedeutet eine weitere Erhitzung der Stadt, die nicht mehr zumutbar ist. Die Speyerer Temperaturen im Sommer waren dieses Jahr so hoch, dass viele Menschen lieber im Haus blieben, weil die Hitze in der Stadt unerträglich war.

Die Realität widerspricht demnach unseren Zielsetzungen einer gelingenden sozial gerechten Wohnungspolitik, wie wir sie damals beschlossen haben.

Ein weiterer Fall der Dissonanz ist das Thema **Verkehr**.

Wir haben uns mehrfach als Stadtpolitik dafür ausgesprochen den Verkehr vom PKW auf den Umweltverbund zu verlagern. Umweltverbund heißt, dass wir Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen, Bus und Zugverkehr stärken wollen, um unser Klima und unsere Gesundheit zu schützen. Zuletzt haben wir dies im Rahmen des Kommunalen Klimapaktes, dem wir im März beigetreten sind, und unserer Klimastrategie neu beschlossen, in dem wir uns dazu verpflichtet haben die Klimaziele des Landes Rheinlandpfalz bis 2035, spätestens aber bis 2040 klimaneutral zu werden mitzutragen und unseren Teil dazu beizutragen. Auch im Rahmen des Beitritts der Stadt Speyer zur Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußverkehrsfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz e.V. oder der Initiative Lebenswerte Städte mit angemessenen Geschwindigkeiten haben wir uns hinter diese Ziele gestellt.

Die Realität ist, dass die Emissionen im letzten Jahrzehnt im Bereich des Verkehrs sogar gestiegen sind.

Die Realität ist auch, dass Speyer auf den letzten Plätzen deutscher Städte im Vergleich der Luftqualität gelandet ist. Wir sind hier stark von Feinstaub belastet und das schadet den Speyerer Bürger*innen. Aber nicht nur Feinstaub schadet der Gesundheit der Speyerer*innen, auch der Verkehrslärm macht immer mehr Menschen zu schaffen. So haben sich in der Landauer Straße, in der Schwerdstraße, in der Fritz-Ober-Straße und Schützenstraße Menschen zusammengeschlossen, um den Verkehrslärm zu reduzieren. Doch gerade der letzte Verkehrsausschuss hat mal wieder deutlich gemacht, wie wenig entschlossen die Stadt ist, diese Probleme der Bürger*innen wirklich anzugehen. In den besagten Straßen hat die Stadt keine Vorstellungen, wie Lärm und Geschwindigkeitsreduzierungen zeitnah erreicht werden können.

Realität ist auch, dass es im Kämmerergebiet nun fast 3 Jahre gebraucht hat, um vier mal vier Fahrradständer für die Bürger*innen, die zum Schutz unserer Gesundheit und unseres Klimas schon aufs Rad umgestiegen sind, zu bauen – 32 Fahrradständer bei 800 Parkplätzen im Quartier. Die Antworten der Stadt bleiben daher unbefriedigend und wenig vereinbar mit dem Ziel der Mobilitätswende, der Senkung der Emissionen und dem Schutz der Gesundheit.

Der letzte Bereich der Dissonanz ist der Bereich der **Finanzen**, der heute besonders deutlich wird. Wir wollen als Kommune handlungsfähig bleiben. Wir wollen investieren in eine lebenswerte Zukunft, in Fahrradwege, in die Stadtentwicklung. Wir wollen die Mitarbeitenden der Stadt angemessen für ihre wichtige Arbeit bezahlen, wir wollen, dass die Menschen auf ein breites Angebot an sozialer Unterstützung von der Stadt zugreifen können, um Teilhabe zu erfahren und uns als politischen Parteien fehlt es sicher nicht an Ideen, was man hier und da noch für die Menschen in Speyer von städtischer Seite bereitstellen könnte an kulturellen Angeboten, Nachtleben mit Bürgermeister*in, überschattete Spielplätze, viele Baumalleen, Spielmobile und Grillplätze auf den Freiflächen.

Die Realität ist, dass wir jedes Jahr darum ringen müssen, dass unser Haushalt und der dazugehörige Stellenplan genehmigt wird. Dass wir unsere Pflichtaufgaben, die wir von Land und Bund übertragen bekommen, auch aus diesem Haushalt finanzieren müssen und das allein schon große Lücken aufreißt, weil sie uns eben nicht kostendeckend übertragen werden.

Die Realität ist, dass wir von der ADD beauftragt werden unsere Steuern zu erhöhen, was eine zusätzliche Belastung für die Menschen bedeutet, ohne merklich die Löcher in unserem Haushalt zu stopfen. So haben wir uns vor allem für eine Erhöhung der Vergnügungssteuer entschieden, während die Grundsteuer nur leicht und die Hundesteuer gar nicht angehoben wird.

Die Aufgabe der Politik ist, dafür zu sorgen, dass die kognitiven Dissonanzen im alltäglichen Leben der Menschen und in unseren politischen Entscheidungen weniger werden. Dass die Menschen in Speyer eine Wohnung finden können *und* die kühlenden Grünflächen erhalten bleiben. Dass die Menschen mobil sind *und* die Verkehrslärm und Treibhausgas-Emissionen sinken. Dass wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen *und* hier in Speyer Teilhabe und eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ermöglichen.

Es wird zur Demokratie immer dazugehören, die bestehenden Dissonanzen auszuhalten und immer wieder neu zu verhandeln, doch zeigt dieser Haushalt, dass dieser Stadtvorstand und dieser Stadtrat in seiner Mehrheit sich auf den Weg gemacht haben in kleinen Schritten diese Widersprüche aufzulösen – **auch, indem immer mehr Grüne Anliegen in unserer städtischen Politik Zuspruch finden.**

Wir stimmen daher dem Haushalt insgesamt zu, da er mit seinen enthaltenen Schwerpunkten und Priorisierungen daran arbeitet, die thematisierten Dissonanzen abzubauen. Wir danken allen Mitarbeitenden, dem Stadtvorstand sowie den Kolleg*innen für die intensive Arbeit zur Erstellung dieses Haushaltsplans.

Wie bauen wir diese Dissonanzen ab?

Im Bereich des Wohnens wollen wir als Stadt eine größere Rolle als Vermittlerin von Wohnraum einnehmen, indem wir Eigentum erwerben oder – das steht zur Prüfung noch aus – als Zwischenmieterin auftreten wollen, um Wohnraum für sozial benachteiligte Menschen zugänglich zu machen. Durch die Erhöhung der Sozialquote wollen wir zur Bezahlbarkeit im Neubau beitragen. Mit der Zweckentfremdungssatzung und der Prüfung einer Zweitwohnungssteuer machen wir uns auf den Weg Leerstand zu bekämpfen. Wir haben uns besonders gefreut zu hören, dass im kommenden Jahr ein Leerstandskataster geplant ist, um wirklich in den Austausch darüber zu kommen, wie wir Wohnraum im Bestand wieder mit Leben füllen können. Auch die laufenden Planungen in der Kurpfalzkasernen und auf dem Normand Gelände lassen darauf hoffen, dass wir es besser schaffen den ökologischen und sozialen Anforderungen im Bereich der Stadtentwicklung gerecht zu werden.

Im Bereich des Verkehrs haben wir uns für eine Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung entschieden, die im kommenden Jahr umgesetzt wird. Wir haben uns außerdem entschlossen den Antrag beim Land zu stellen, Landesstraßen als Stadt zu übernehmen, um die längst überfälligen Temporeduzierungen und andere verkehrsplanerische Möglichkeiten auf Landesstraßen wie z.B. der Schützenstraße umsetzen zu können und den Verkehrsversuch in der Gilgenstraße endlich zu starten. Wir nehmen außerdem deutlich mehr Geld in die Hand, um den ÖPNV-Verkehr hier in Speyer attraktiver zu machen. Nachholbedarf sehen wir allerdings im Ausbau der Radinfrastruktur und in der Kommunikation der Maßnahmen gegenüber den Bürger*innen. Hier appellieren wir an die Stadt die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen im Kontext der Klimastrategie den Bürger*innen zu erklären und sie dadurch auf Veränderungen besser vorzubereiten.

Mit Blick auf die Finanzen steht die Entscheidung noch aus, ob wir uns dem neuen Entschuldungsprogramm des Landes anschließen. Egal wie wir uns entscheiden, das Thema knapper Kommunal Finanzen wird sich weiter zuspitzen und wir müssen nach Wegen suchen, unsere kommunale Selbstbestimmung, den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft zu erhalten und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Stadt zu gestalten.

Wir setzen uns daher auch weiterhin dafür ein, dass wir verteuern, was uns allen schadet, wie das kostenlose Parken im öffentlichen Raum, leerstehende Gebäude und die Vermüllung unserer Stadt, der man z.B. durch die Einführung einer Verpackungssteuer entgegenwirken könnte. Dies wird geprüft.

Wir lehnen außerdem den Betrieb des Verkehrslandeplatzes ab, da die ausgedehnte Nutzung nicht mit unseren Zielen der Klima-Strategie und des Gesundheitsschutzes unserer Bürger*innen vereinbar ist und auch im Rahmen unseres Haushaltsplanes nicht zielführend ist. Auch stellen wir uns gegen die immer noch nicht-nachhaltige Waldbewirtschaftung, die uns unnötig Geld kostet, und lehnen daher den Forstwirtschaftsplan im Haushalt ab. Wir hoffen hier im nächsten Jahr auf die Vorlage eines nachhaltigen Konzeptes zur Waldbewirtschaftung orientiert am Lübecker Modell und wollen die Diskussion um den Verkehrslandeplatz neu aufnehmen.

Gleichzeitig wollen wir finanziell vergünstigen und vereinfachen, was die zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt befördert, wie Kulturräume für Jung und Alt, artenreiche und

kühlende Grünflächen und Gärten, die attraktive Nutzung von Geh- und Radwegen und Bussen oder die Nutzung von Mehrwegbehältern beim Einkauf und in der Gastro. Hier müssen wir besser und flexibler werden, um die Transformation hin zu einer klimaneutralen Stadt gemeinsam zu bewältigen und die kognitiven Dissonanzen im alltäglichen Leben der Menschen zu verringern. Eine Kulturförderabgabe für Tourist*innen, die entschiedene Umsetzung der Mehrwegpflicht und die Unterstützung der Bürger*innen bei der Begrünung der privaten wie auch öffentlichen Flächen sehen wir hier als aussichtsreiche Ansätze an.

Zum Schluss noch ein letzter Widerspruch, der uns, glaube ich, alle beschäftigt, denn auch der Zustand unserer Demokratie ist geprägt von dieser Dissonanz. Menschen wollen mehr Sicherheit und eine gute Zukunft für sich und ihre Kinder. Und trotzdem entscheiden sich immer mehr Menschen dazu die AFD zu wählen, die den demokratischen Diskurs vergiftet, sich mit Rechtsradikalen verbündet und uns in dunkle Zeiten zurückversetzt, sollte sie genug Macht bekommen. Es gibt mehr Kriege auf der Welt als noch im letzten Jahr und mehr Radikalisierung, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Anfeindungen gegenüber queeren Menschen, Antisemitismus und Rassismus. Daher zum Schluss noch ein Zitat von der Holocaust Überlebenden Margot Friedländer

Es gibt kein christliches, kein moslemisches, kein jüdisches Blut. Es ist alles menschliches Blut. Wir sind alle gleich. Ich glaube, dass in jedem Menschen irgendetwas Gutes ist. Nehmt das Gute raus und vergesst das Schlechte! Es ist so einfach, Mensch zu sein.

In diesem Sinne lade ich alle Bürger*innen ein sich einzubringen in die Demokratie, statt politische Kräfte zu stärken, die uns gegeneinander aufhetzen wollen, ich lade alle ein auch über die Wahlen hinaus unsere Gesellschaft mitzugestalten, weil nur das unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit schützt. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten, verschiedenen Weltbilder und der eigenen Sorgen, sollten wir einander menschlich gegenüber treten, um die vielen Probleme und Dissonanzen in unser aller Leben zu lösen.

Die Politik ist nur so stark, wie das demokratische und menschliche Miteinander, auf das sie sich stützt.

Ich wünsche Ihnen allen ein friedliches Weihnachtsfest und einen besinnlichen Jahreswechsel.

Vielen Dank.